

Klinterklater

Braunschweig

Nr. 2/2006

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Dezember 2006

SPD will Freizeit- und Bildungszentrum statt Schlossausbau

Über 30 Jahre war es ein wichtiger kultureller und gesellschaftlicher Treffpunkt: das „Freibize“, das Freizeit- und Bildungszentrum (FBZ) im Bürgerpark. Hier gab es jährlich bis zu 2 000 Veranstaltungen mit bis zu 90 000 Besuchern: ob Jugendgruppe, ob Altenkreis, ob Tanztreff, ob Flohmarkt. Höhepunkte waren die Rock- und Popkonzerte aller Art, mit Hannes Wader, BAP, AC/DC und und und ...

Ende 2002 schloss die CDU/FDP-Mehrheit im Rat das FBZ – aus „Ersparnisgründen“ – ein Schlag ins Gesicht für die Kultur – und Kleinkunstszene unserer Stadt. Seitdem ist das Gebäude ungenutzt, bis auf eine kurzzeitige Zwischennutzung als Gemeindezentrum – was zeigt, dass das Gebäude noch nutzbar ist. Jetzt spült die wieder anziehende Wirtschaft beträchtliche Mehreinnahmen in den Stadtsäckel. Und schon kommen bei CDU und FDP die

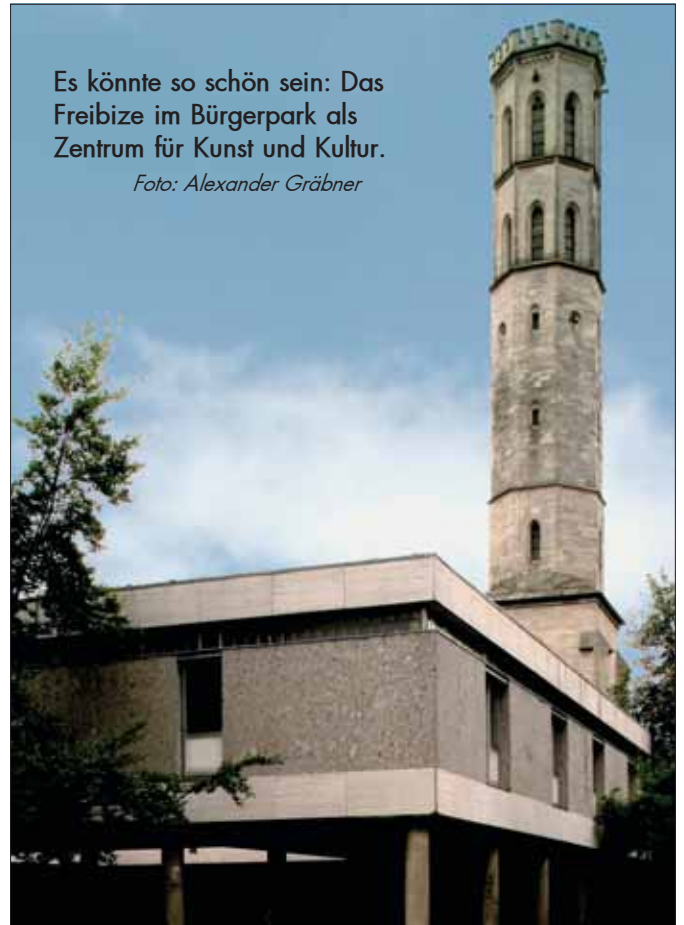
wildesten Ideen auf, wie man dieses Geld wieder ausgeben könne: die öffentlich genutzten Innenräume des Schlosses sollen mit Millionenaufwand prunkvoll ausgebaut werden.

„Der herzogliche Ballsaal als Leseraum der Stadtbibliothek?“ fragt Klaus Winter, SPD-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt. „Mit diesem Geld könnte man auch das Freibize sanieren,“ meint Winter. „Damit schlagen wir drei Fliegen mit einer Klappe. Wir lassen städtisches Vermögen nicht weiter verkommen und tun einen wichtigen Schritt für Kunst und Kultur.“ Und außerdem könne man prüfen, ob im ebenfalls leerstehenden Jugendgästehaus neben dem FBZ eine Jugendherberge eröffnet werden kann. So etwas fehlt in unserer Stadt seit vielen Jahren.

Die SPD hat die Forderung nach Wiedereröffnung des FBZ als Antrag in den Rat der Stadt eingebracht.

Es könnte so schön sein: Das Freibize im Bürgerpark als Zentrum für Kunst und Kultur.

Foto: Alexander Gräbner



Liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

es hat diesmal für die SPD nicht gereicht, den Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig und die Mehrheit im Rat zu stellen. Trotz eines engagierten Wahlkampfes aller Beteiligten. Wir haben als Partei aus diesem Resultat zu lernen, dass wir unsere politischen Inhalte noch präziser formulieren müssen, um künftig eine breit akzeptierte Alternative zu den Angeboten des bürgerlichen Lagers zu sein. Das gilt vor allem für die kommunalpolitische Arbeit der nächsten Jahre und die Arbeit der SPD-Ratsmannschaft. Sie wurde hervorragend aufgestellt und besteht aus gestandenen Persönlichkeiten mit langjähriger Erfahrung ebenso wie aus jungen, frischen Leuten mit tollen Ideen für eine bessere Politik in



Braunschweig. Ich wünsche dieser Mannschaft eine glückliche Hand und bin überzeugt, dass sie die Ziele einer sozialen, menschlichen Politik für Braunschweig gut vertreten wird.

Ich möchte all jenen danken, die mich während des Wahlkampfes mit ganzem Einsatz unterstützt haben. Braunschweig verfügt über viele hervorragende Persönlichkeiten mit Herz und Verstand. Das macht Mut für die Zukunft.

Herzlichst Ihr

(Dr. Friedhelm Possemeyer)

Doch Steuergelder für das Schloss?

Außen prunkvoll – innen Schlicht? CDU will Steuergelder zur „Verschönerung“ der Innenräume einsetzen.

Keinen Cent aus Steuergeldern sollte es für den „Wiederaufbau“ der Schlossruine geben. So versprach Dr. Hoffmann vor der Kommunalwahl angesichts leerer Kassen und des erheblichen Instandsetzungsbedarfs vieler städtischer Gebäude, insbesondere Kindergärten und Schulen. Formal wurde dieses Versprechen bisher eingehalten: Die Verkaufserlöse für das Baugrundstück wurden ja gar nicht erst im städtischen Haushalt vereinbart, sondern blieben gleich bei ECE zur Finanzierung des Bauwerks.

Aber es gibt ja noch die städtischen Dienststellen, die in das Gebäude einziehen sollen. Dafür muss die Stadt erhebliche Mietkosten aufbringen und stellt so die Finanzierung des Baus sicher. Bisher ist es CDU-OB Dr. Hoffmann gelungen, diesen Mietkosten Einsparungen gegenüberzustellen, die sich durch Wegfall der bisherigen Mietkosten ergeben, einschließlich angeblich sonst erforderlichen Sanierungsbedarfs.

Doch jetzt wird es spannend: Schlossfreunde in der CDU und deren Umfeld haben entdeckt, dass die schlichte Ausstattung der Innenräume des Bauwerks wenig zu der repräsentativen Fassade passt. Deshalb meinen sie, dass unbedingt auch die städtisch genutz-

ten Räume im Innern des Bauwerks wieder in herzoglichem Glanz erstrahlen sollen. Aber wer soll das bezahlen?

Offensichtlich gibt es also schon Pläne für eine derartige Aufstockung des Projekts – von wem auch immer beauftragt, von wem auch immer erarbeitet.

Angeblich steht die Borek-Stiftung bereit, sich mit über einer Million Euro an dieser Umgestaltung zu beteiligen. Genauso angeblich reicht das nur für ein Drittel der Kosten. Den Rest – über zwei Millionen Euro – müsste die Stadt aufbringen. Dem steht aber das Versprechen von CDU-OB Dr. Hoffmann entgegen.

Allerdings munkeln Rathaus-Insider, das Problem werde ganz einfach dadurch gelöst, dass die CDU-Fraktion einen entsprechenden Antrag zu den Haushaltsberatungen einbringt und im Bündnis mit der FDP durchsetzt. Dann war es ja nicht die Stadtverwaltung mit ihrem Chef Dr. Hoffmann, sondern die CDU-FDP-Gruppe mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit. Die hat sie allerdings nur einschließlich der Stimme des OB!

Das kann also noch spannend werden. Was meinen Sie? Hält das Versprechen, oder siegen die Schlossfreunde zu Lasten des Steuerzahlers?

„Ladenöffnungszeiten rund um die Uhr – darunter leidet der Einzelhandel.“

■ Die SPD-Landtagsfraktion hält die bisherigen Ladenöffnungszeiten für völlig ausreichend. „Die CDU/FDP-Pläne zur Freigabe der Öffnungszeiten rund um die Uhr stellen eine Gefahr für den inhabergeführten Facheinzelhandel dar“, sagte der Braunschweiger SPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann. „Profitieren würden davon lediglich die großen Handelsketten auf der grünen Wiese.“

Auch aus Verbrauchersicht sei eine weitere Ausdehnung der Öffnungszeiten überflüssig. „Schon jetzt können die Menschen 14 Stunden an jedem Werktag einkaufen. Das ist absolut ausreichend und hat sich bewährt“, so Bachmann. Das Argument längere Öffnungszeiten führten zu spürbaren Beschäftigungsimpulsen erweise sich als Milchmädchenrechnung. „Schließlich können Kunden nicht mehr Geld ausgeben, nur weil Geschäfte länger geöffnet haben. Im Gegenteil: Die Tendenz zum Abbau sozialversicherungspflichtiger zugunsten geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse würde im Einzelhandel noch verstärkt.“ Hinzu käme, dass die völlige Freigabe der Öffnungszeiten zu sozialen Belastungen des Verkaufspersonals führen würde. „Besonders teilzeitbeschäftigte Mütter und Väter würde das vor Probleme stellen, da es zum Beispiel keine Kinderbetreuungsangebote in den Abendstunden gibt“.

Aus diesen Gründen wird die SPD im Landtag den Gesetzentwurf von CDU und FDP ablehnen, wenn dieser in einer der nächsten Sitzungen abschließend beraten wird. Übrigens: Offensichtlich kann sich selbst die CSU in Bayern den Argumenten gegen eine weitere Liberalisierung nicht entziehen: Die CSU-Landtagsfraktion hat einem Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Freigabe der Ladenöffnungszeiten überraschend die Zustimmung verweigert.

NPD in Braunschweig auf dem Vormarsch?

SPD setzt sich für Erhalt der Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) in Braunschweig ein

■ Entsetzen macht sich breit in Braunschweig in diesen Tagen. Aufgeschreckt durch die Berichterstattung der lokalen Presse und die Ereignisse in der Region mahnen Organisationen wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) vor der Gefahr durch die rechtsextreme NPD auch in Braunschweig.

Gundolf Algermissen, DGB-Kreisvorsitzender fordert eine erhöhte Wachsamkeit. „In Braunschweig gibt es ungefähr namentlich bekannte 30 Personen, die der NPD angehören.“ sagt Algermissen. „Das ist ein relativ überschaubarer Kreis“, so der DGB-Vorsitzende. Das biete die Gelegenheit, frühzeitig Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die NPD hat nach Meinung Algermissens einen deutlichen Imagewandel vollzogen. „Die

NPD von heute – das sind nicht mehr die Jungs in Springerstiefeln und Bomberjacken“. Die NPD ist auf der Suche nach neuen Zielgruppen – da passt das Schläger-Image nicht mehr in die Zeit. Zunehmend sollen auch Frauen und vor allen Dingen Jugendliche für die rechte Partei gewonnen werden.

Wichtig ist gerade jetzt der Erhalt der Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) in Braunschweig. Die Stadt hatte der ARUG eine Überbrückungsfianzierung zugesagt, um eine Finanzierungslücke abzudecken, die durch das Auslaufen von Bundesmitteln zum 1. Januar 2007 entsteht. Sozialdezernent Ulrich Markurth hat der ARUG in der letzten Ratssitzung auf eine Bürgeranfrage hin Unterstützung signalisiert.

Impressum

Klinterklater Braunschweig

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Redaktion: Detlef Kühn (ViSP), Alexander Gräbner, Jens Lüttge, Nicole Palm, Manfred Pesditschek

Druck: PRO Exakt GmbH, Schöppenstedt

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 35 000

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

SPD

Die unterschätzte Reform

Von Carola Reimann, MdB

Am 25. Oktober 2006 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) beschlossen. Damit konnte ein langer Verhandlungsschnitt zu einem der wichtigsten Gesetzesvorhaben in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden. Nach sehr schwierigen Verhandlungen haben sich die Koalitionspartner auf einen tragfähigen Kompromiss einigen können.

Mehr Mut zu Veränderungen

Sicher, auch ich hätte mir in vielen Bereichen gewünscht, dass wir einen Schritt weiter gegangen wären und an einigen Stellen mehr Mut zur Veränderung aufgebracht hätten. Dies betrifft beispielsweise die Neuordnung des Verhältnisses von privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Aufgrund der Risikoauswahl der Privaten Kranken Versicherungen (PKV) haben wir immer noch keinen echten Wettbewerb. Leider blockierte die CDU auch die Einbeziehung der PKV in den neuen Gesundheitsfonds. Dennoch: Was beschlossen wurde trägt eindeutig sozialdemokratische Handschrift.

Versicherungsschutz für alle und Erhalt des Solidarprinzips

Zum Beispiel beim Versicherungsschutz: Wer den Versicherungsschutz verloren hat, bekommt künftig ein Rückkehrrecht in seine letzte Versicherung, auch in die private Krankenversicherung. Die privaten Krankenversicherer müssen ab 2008 einen so genannten Basistarif anbieten, den jeder privat Versicherte, freiwillig GKV-Versicherte und alle gegenwärtig Nichtversicherten, die vormalig in der PKV versichert waren, wählen können und dies ohne Risikozuschläge und ohne Gesundheitsprüfung. Der Basistarif muss dem Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechen. Erstmals – und das ist ein wichtiger Fortschritt – können private Krankenversicherer Versicherte nicht mehr ablehnen.

Keine Kopfpauschale

Wir haben erreicht, dass auch künftig die finanzielle Leistungsfähigkeit Maßstab für die Beitragsbemessung bleibt. Der einkommensabhängige Beitrag ist eines der wichtigsten Grundprinzipien des solidarischen Systems. Darüber hinaus hat die SPD durchgesetzt, dass sich die Arbeitgeber auch weiterhin an der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen beteiligen müssen. Das einseitige Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge konnten wir verhindern. Das Ri-



■ Die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann ist gesundheitspolitische Sprecherin der SPD im Bundestag und hat an der Gesundheitsreform mitgearbeitet. „Ich habe mich eingesetzt für grundlegende strukturelle Veränderungen und eine nachhaltige, wirksame Weiterentwicklung der Finanzierung. Wichtig ist, das hohe Niveau der Gesundheitsversorgung auf Dauer zu sichern.“

siko steigender Gesundheitskosten tragen somit nicht allein die Versicherten.

Bessere Versorgungsstrukturen und Erhalt des Leistungskatalogs

Deutliche Verbesserungen wird es auch bei den Versorgungsstrukturen geben. Die Krankenkassen erhalten mehr Möglichkeiten durch Verträge mit Leistungserbringern die Versorgung für ihre Versicherten optimal zu gestalten. Auch Preisverhandlungen mit der Pharmaindustrie werden möglich. All dies war, ebenso wie die nun beschlossene Kosten-Nutzen-Bewertung für Arzneimittel, vor drei Jahren für unseren jetzigen Koalitionspartner noch tabu.

Ebenso wichtig ist, dass es keine weiteren Einschnitte in den Leistungskatalog gibt. Mit der schmerzlindernden Versorgung und der Rehabilitation alter Menschen nach Erkrankungen werden sogar weitere Leistungen aufgenommen. Dazu kommt, dass medizinisch empfohlene Impfungen zur Krankheitsvorbeugung sowie Mutter-Vater-Kind-Kuren zu Pflichtleistungen der Krankenkassen werden.

Einstieg in Steuerfinanzierung

Natürlich sind all diese Verbesserungen nicht zum Nulltarif erhältlich. Die Vorstellung, dass

es zukünftig mehr Leistung für gleichzeitig weniger Geld geben wird, ist illusorisch. Deshalb war unser Vorschlag, eine weitere Säule über die Finanzierung von Steuern aufzubauen, konsequent und im Sinne einer Verbreiterung der Einnahmehasis der gesetzlichen Krankenversicherung richtig.

Eine stärkere Steuerfinanzierung weist gegenüber dem jetzigen Finanzierungssystem Vorteile auf. Sie beseitigt die einseitige Bindung der GKV-Einnahmen an Beiträge auf Lohn- und Lohnersatzleistungen sowie Renten und trägt der sich verändernden Einkommensstruktur Rechnung, bei der Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung einen immer geringeren Teil ausmachen. Zudem ist stärkere Finanzierung über Steuern gerechter, weil so der Personenkreis zur Finanzierung erweitert wird.

Die mit der Reform vorgesehene Steuerfinanzierung kann nur ein Einstieg sein. Sie ist bei weitem nicht so umfassend, wie wir uns das vorgestellt hatten; hier besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Ich bin der Meinung, dass wir dieses Thema, auch vor dem Hintergrund der positiven Prognose für die Steuereinnahmen, weiter diskutieren müssen.

Der neue Gesundheitsfonds

Besondere Aufmerksamkeit wurde bislang dem neuen Gesundheitsfonds zuteil, vor allem von Seiten der Krankenkassen. Ziel des Fonds ist jedoch nicht der Abbau von Arbeitsplätzen oder ein mehr an Bürokratie. Mit dem Fonds wollen wir mehr Transparenz, Effizienz und Wettbewerb schaffen. Er soll für eine wirtschaftliche Verwendung von Beitrags- und Steuermitteln sorgen. Durch den einheitlichen Betrag pro Versicherten und den alters- und risikoangepassten Zuschlag wird erreicht, dass erstmals jeder Versicherte, unabhängig von seinem Alter, seinem Einkommen und seinem Gesundheitszustand für jede Kasse gleich wertvoll ist. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich der Wettbewerb um junge, gut verdienende und gesunde Mitglieder hin zu einem Wettbewerb um jedes Kassenmitglied entwickelt. Den zusätzlichen Beitrag, den die Kassen von den Versicherten abfordern können, gilt als ein Indikator für die Wirtschaftlichkeit einer Kasse.

Mit diesen Maßnahmen erhöhen wir den Wettbewerb zwischen den Kassen und erreichen so, dass der Wettbewerb um die beste und kostengünstigste Versorgung und nicht um die so genannten „guten Risiken“ geführt wird.

SPD-Fraktion verhindert Schwächung des Rates

CDU und FDP wollten mit Einstimmen-Mehrheit die Rechte des Rates weiter beschneiden

Die Bombe platze mit dem Versand der Unterlagen zur ersten Ratssitzung am 14. November. Nach einer anfänglich guten Zusammenarbeit zwischen den Ratsfraktionen bei den Vorbereitungen, den neuen Rat der Stadt Braunschweig zu organisieren, wollten CDU und FDP jetzt mit einer neuen Geschäftsordnung die Rechte des Rates weiter einschränken und insbesondere die kleineren Fraktionen schwächen. Ohne sachliche Notwendigkeit sollten Redezeiten und Verfahrensfragen in der Geschäftsordnung zum Nachteil der Oppositionsfraktionen im Rat neu geregelt werden. Die SPD hat wichtige – für den Rat nachteilige – Änderungen verhindert.

Redezeitbegrenzung

Zur „Straffung“ von Ratssitzungen sollte die Redezeit drastisch verkürzt werden: Von bisher 10 Minuten pro Ratsmitglied sollten nur noch 5 bis 10 Minuten für eine ganze Fraktion bleiben – je nach Größe der Fraktion. Diese Änderung hätte bei wichtigen Entscheidungen die notwendige politische Diskussion im Rat verhindert., Qualität der Ratsarbeit und Bürgernähe wären schlechter geworden. Nach intensiven Gesprächen der SPD-Ratsfraktion lehnte auch die FDP die vorgeschlagene Redezeitbeschränkung ab und die Ratsmehrheit einigte sich auf die Regelung der bisherigen Geschäftsordnung.

Geheime Abstimmung

CDU und FDP scheiterten mit der Absicht, in Zukunft alle Verfahrensfragen des Rates nur von der Mehrheit bestimmen zu lassen. Die SPD forderte, die Minderheitsrechte der bisherigen Geschäftsordnung beizubehalten. Dies



Klaus Winter, Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat: „Wir haben einschneidende Verschlechterungen bei den Mitwirkungsrechten im Rat verhindert!“

wurde von der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder mitgetragen. Bei der Abstimmung fehlten zwei Mitglieder der FDP-Fraktion. So sind auch in Zukunft für den Antrag auf geheime Abstimmung sieben Ratsmitglieder notwendig – und nicht 27.

Ältestenrat

Einen weiteren Erfolg verzeichnete die SPD bei den zukünftigen Aufgaben des Ältestenrates. Die Verwaltung wollte den Ältestenrat schwächen – er sollte zum Beispiel nicht mehr die Termine zwischen den Fraktionen koordinieren. Die SPD forderte dagegen, den Ältestenrat zu stärken und ihm weitere Aufgaben zuzuordnen. Jetzt werden die Aufgaben im Verwaltungsausschuss neu definiert.

Politik nach Gutsherrenart

■ Die Wählerinnen und Wähler haben entschieden: Dr. Hoffmann (CDU) bleibt Oberbürgermeister, und mit ihm besitzen CDU und FDP eine Ein-Stimmen-Mehrheit im Rat der Stadt. Spannend war vor der konstituierenden Ratssitzung, wie diese beiden Parteien die knappe Mehrheit nutzen.

CDU und FDP bilden in Rat eine Gruppe. Das war nicht überraschend. Schließlich segelte die FDP ja auch in der vorigen Ratswahlperiode stets im Windschatten der CDU mit und verzichtete sogar darauf, einen eigenen OB-Kandidaten aufzustellen. Da ist es wohl auch ehrlicher, auch nach außen klar zu machen, dass man auf eine eigenständige Politik verzichtet.

CDU und FDP setzten eine Verringerung der Ratsausschüsse von 13 auf 10 durch, ohne Rücksicht auf sachliche Erwägungen. Hier ging es einzig darum, zu verhindern, dass auch die BIBS-Fraktion (Bürgerinitiative Braunschweig) in einem Ausschuss den Vorsitzenden stellt. Denn die Verteilung der Ausschussvorsitze darf auch die Mehrheit nicht nach eigenem Geschmack festlegen. Bei 11 Ausschüssen hätte auch der BIBS-Fraktion in Ausschussvorsitz zugestanden. Und das wollten CDU, FDP mit Dr. Hoffmann verhindern – Wählervotum hin, Fairness her.

Nur konsequent war es dann, entgegen vorheriger Ankündigung die Ausschussgröße auf von 7 auf 11 Mitglieder zu erhöhen. Erst bei dieser Ausschussgröße steht auch der dreiköpfigen FDP-Fraktion ein Ausschusssitz zu. Vor fünf Jahren hatten CDU und FDP die Ausschussgröße auf 7 Mitglieder verringert – aus „Rationalisierungsgründen“.

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Die Bürgersprechstunden finden statt im SPD-Büro in der Schlossstraße 8, 3. OG. Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind:

- ▶ **Dr. Carola Reimann, MdB:**
 - Mittwoch, 6. Dezember, von 8 - 18 Uhr
 - Mittwoch, 24. Januar '07, 8 - 18 Uhr
- ▶ **Isolde Saalman, MdL:**
 - Montag, 22. Januar '07, 16 – 17 Uhr
 - Montag, 19. März '07, 16 – 17 Uhr
- ▶ **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**
 - Donnerstag, 14. Dezember, 14.30 Uhr
 - Donnerstag, 22. Februar '07, 14.30 Uhr

Ein frohes Fest und ein gesundes neues Jahr 2007



wünscht die
Braunschweiger SPD